

The State of Europe

# Die Europa Rede



## „Die Rückkehr zur Langfristigkeit.“

9. November 2012 | Paul-Löbe-Haus des Deutschen Bundestages, Berlin



# Vorwort

Europa hat in diesen Tagen „alle Hände voll zu tun“: die Politiker, die Vertreter von Wirtschaft und Gesellschaft, immer mehr auch die Bürgerinnen und Bürger. Die europäischen Vorgänge bestimmen die Schlagzeilen. Die oft beschworene und herbeigesehnte „europäische Öffentlichkeit“ ist plötzlich da.

Darüber könnte man zufrieden sein, ginge es bei dem, was die Öffentlichkeit beschäftigt, nicht um problematische, besorgniserregende Nachrichten. Gefahr scheint zu drohen von Europa her. Ist das eine Zeit eher zum Handeln als zum Reden? Müssen jetzt nicht erst einmal die Probleme gelöst werden, bevor man sich wieder dem Grundsätzlichen zuwenden kann?

„Die Europa-Rede“ von Martin Schulz hat die Gegenseite belegt. Dass es gerade in Zeiten sich entwickelnder, zuvor nicht gehörter Schwierigkeiten nötig ist, sich über die Handlungsstrukturen Europas klar zu werden. Der Präsident des Europäischen Parlaments dokumentierte zum einen die bereits erreichten Erfolge, zum anderen aber auch die noch nötigen Fortschritte, um die Mitverantwortung der europäischen Volksvertreter am Gelingen Europas ins Bewusstsein zu bringen. Das war eindrucksvoll.

Wenn die europäischen Vorgänge mehr Aufmerksamkeit bekommen, wird auch die Frage nach den originären europäischen Handlungsverantwortlichen dringender. Martin Schulz hat deutlich gemacht, wie sehr da das Europäische Parlament eine begrüßenswerte wachsende Position erkämpft. Aber generell wird es mit der Erkenntnis des Europäischen bei den Problemen und Chancen der politischen Wirklichkeit notwendig werden, die für diese Chancen und Probleme

zuständigen europäischen Handlungsträger wahrzunehmen. Nur so kann ihnen sodann Vertrauen entgegengebracht werden.

Dies genau ist die Idee der „Europa-Rede“: die drei Präsidenten der europäischen Institutionen in einer jährlichen Folge zu Wort kommen zu lassen. Sie damit persönlich vorzustellen und ihre institutionelle Verantwortung ins Licht zu rücken.

Mit dem Präsidenten des Europäischen Rats, Herman von Rompuy, begann die Reihe im Jahre 2010. Danach sprach José Manuel Barroso, der Präsident der Europäischen Kommission. Martin Schulz setzte für das Europäische Parlament den Schlusspunkt dieser ersten Serie. Der Start 2010 begründete mit der Erinnerung an den Fall der Mauer im Jahre 1989 das Datum (9. November) und den Ort (Berlin). Die neue Reihe wird 2013 starten. Sie wird wiederum mit dem Präsidenten des Ministerrats beginnen.

Vielleicht gerade weil es besorgniserregende Nachrichten sind: Die Bedeutung Europas für jeden Einzelnen tritt hervor. Der Satz von „mehr Europa“, das nun notwendig sei, ist in aller Munde. Noch vor kurzem wäre eine solche Aussage in den nationalstaatlichen Politiken kaum vorstellbar gewesen.

Auf dem Weg zu „mehr Europa“ sind wir auch auf dem Weg zu mehr europäischer Verantwortung. Deshalb ist die Idee, die führenden europäischen Verantwortungsträger herauszustellen, noch zwingender, als wir Initiatoren, die Konrad-Adenauer-Stiftung, die Robert Bosch Stiftung und die Stiftung Zukunft Berlin, es uns zum Start für „Die Europa-Rede“ vorstellen konnten.

**Dr. Hans-Gert Pöttering MdEP**  
Präsident des Europäischen Parlaments a.D.  
Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung

**Dieter Berg**  
Vorsitzender der Geschäftsführung  
der Robert Bosch Stiftung

**Dr. Volker Hassemer**  
Vorstandsvorsitzender  
der Stiftung Zukunft Berlin

## Das heutige Europa ist keine Selbstverständlichkeit

**S**ehr geehrte Damen und Herren,  
ich bedanke mich sehr bei der Konrad-Adenauer-Stiftung, der Robert Bosch Stiftung und der Stiftung Zukunft Berlin, dass sie uns jungen Europäerinnen und Europäern die Möglichkeit gegeben haben, zu diesem wichtigen historischen Anlass hier im Deutschen Bundestag zu sprechen.

Es ist mir eine große Freude, Sie, sehr geehrte Damen und Herren, zur dritten Europa-Rede begrüßen zu dürfen, die dieses Jahr vom Präsidenten des Europäischen Parlaments, Herrn Martin Schulz, gehalten wird.

Es ist sehr angemessen, dass Martin Schulz diese Rede hält, denn er repräsentiert uns – die Bürgerinnen und Bürger Europas.

Aktive Bürgerschaft ist das zentrale Thema einer Gruppe von jungen Europäerinnen und Europäern, die sich in „A Soul for Europe“ zusammengeschlossen hat. Unser Ziel besteht in der Förderung des Projektes Europäische Union in den Städten und Regionen Europas. Wir agieren in einer „Cultural Coalition for a Citizens' Europe“ und wir tragen die Resultate, unsere Erfahrungen, Visionen und Vorschläge an Martin Schulz und das Europäische Parlament heran. Dadurch wird die heutige Europa-Rede zu einem lebendigen Bestandteil unserer täglichen Arbeit.

Die Europa-Rede wird am 9. November gehalten, an einem Tag, der unter anderem drei extrem gegensätzliche historische Ereignisse der deutschen und europäischen Geschichte markiert:

- das Ende des Ersten Weltkriegs 1918;
- die Reichspogromnacht 1938;
- den Fall der Berliner Mauer 1989 und damit den Fall eines grausamen Symbols für die Teilung Deutschlands und Europas, der ein neues Kapitel eingeläutet hat, in dem die Freiheit über totalitäre Herrschaft siegt.



27 Mitgliedsstaaten, bald werden es 28 sein, 500 Millionen Europäerinnen und Europäer teilen nun die europäische Bürgerschaft und leben friedlich zusammen.

Dieses historische Datum sollte für alle Menschen ein Tag sein, an dem nochmals betont wird, dass das heutige Europa keine Selbstverständlichkeit ist! Im Gegenteil: Wir alle müssen permanent danach streben, sei es auf der politischen oder gesellschaftlichen Ebene. Wir sollten nicht stillstehen in Erinnerung oder Nostalgie, sondern aktiv werden und uns kollektiv nach vorne bewegen, wie es die Menschen in ganz Europa 1989 getan haben!

Es ist einfach, gegen etwas zu kämpfen, aber sehr viel schwieriger, etwas zusammen aufzubauen: Aber das ist es, was wir tun müssen und was mich am meisten an Europa fasziniert: die unterschiedlichen Menschen, Sprachen, kulinarischen Besonderheiten, Musikstile, Architekturen, Zugehörigkeiten und Kulturen, die sich gegenseitig bereichern und die Union stärken. Ich fühle mich so privilegiert, mit den unterschiedlichsten Menschen zusammenzuarbeiten, meine Zugehörigkeit zu dieser Gemeinschaft zu entwickeln, zu betrachten und zu prüfen, um mir Europa als meine Heimat der vielfältigen Möglichkeiten zu eigen zu machen.

Doch es scheint mir, als wären wir noch nicht bereit, in vollem Umfang von der enormen Vielfalt Europas zu profitieren:

- Wie können wir bei den Menschen ein besseres Verständnis dafür schaffen, dass ihre unterschiedlichen Stimmen gehört werden müssen?
- Warum ist die europäische Bürgerschaft nicht ein Diskussionsthema in unseren Cafés, Schulen, Parks, Museen und Plätzen des täglichen Lebens?

Im Moment scheint es mir so zu sein, dass die wesentlichen moralischen Bedingungen für eine europäische Res publica weniger wichtig genommen werden als die Diskussionen um Geld und Finanzen.



Dabei sind es die Ideen von einer europäischen Bürgerschaft, gesellschaftlicher Solidarität, von Demokratie und politischer Teilhabe, für die wir uns starkmachen müssen gegen die zunehmenden rechtsradikalen Bewegungen und antidemokratischen Tendenzen. Die Krawalle in vielen Städten Europas, die Finanzkrise, können nur überwunden werden, wenn wir wissen, WARUM wir sie gemeinsam überwinden sollten:

2007 warnte uns Imre Kertész hier in Berlin: „Eine Zivilisation, die ihre Werte nicht deutlich erklärt oder ihre erklärten Werte im Stich lässt, geht den Weg des Verfalls, der Altersschwäche. Dann werden bald andere diese Werte verkünden...“

Europa steht für Frieden und feste Werte. Ich bin überzeugt, dass Europa stärker wird, wenn die Stimmen für unsere gemeinsamen kulturellen Werte lauter werden. Aktivisten, Künstler, Intellektuelle;

diejenigen, die auf innovative und bahnbrechende Weise denken, müssen ihre Stimmen erheben. Sie definieren neue Richtungen dafür, was für die zukünftige Entwicklung Europas wichtig sein könnte. Die Europa-Rede setzt in dieser Hinsicht ein starkes Zeichen: eine Rede von Bürger zu Bürger!

Es ist kein Zufall, dass wir uns morgen mit „A Soul for Europe“ zur 5. Berliner Konferenz treffen, um über Formen und Mittel der Aktivitäten von Bürgerinnen und Bürgern zur Förderung Europas zu diskutieren. Wir sind sehr froh darüber, dass Sie, Herr Martin Schulz, ein enger Partner von „A Soul for Europe“ sind. Aber: Politisches Handeln an sich bildet keine Gemeinschaft. Nur eine durchdachte Struktur und Kollaborationen können den Selbstrespekt von Gemeinschaften, ihr Wissen über andere und das Bewusstsein gemeinsamer Werte fördern!

Ich freue mich nun zusammen mit 800 Gästen hier im Deutschen Bundestag, mit den Hörern von Deutschlandradio und den Lesern der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, Ihre Gedanken zur Zukunft Europas zu hören.

Herr Lammert, es ist mir eine Ehre hier im Paul-Löbe-Haus des Deutschen Bundestages in Berlin zu sein. Ihre Gegenwart, die Gegenwart des Präsidenten des nationalen deutschen Parlaments, das mehr und mehr und auf verantwortungsvolle Weise europäische Themen diskutiert und entscheidet, verleiht der diesjährigen Europa-Rede große Anerkennung und Bedeutung.

Sehr geehrter Herr Bundestagspräsident, es ist mir eine Ehre, das Wort an Sie weiterzugeben.



## Aus der Krise ein neuer Impuls

**S**ehr geehrter Herr Präsident, lieber Kollege Schulz, Exzellenzen, liebe Kolleginnen und Kollegen aus den Parlamenten und Regierungen der Europäischen Union, des Bundes und der Länder, verehrte Gäste, in particular the young europeans, besonders liebe junge Europäer, ich freue mich, dass ich heute Abend Sie alle zur 3. Europa-Rede hier im Paul-Löbe-Haus des Deutschen Bundestages begrüßen kann.

Mit der 3. jährlichen Veranstaltung ist spätestens eine Tradition begründet, deren Logik sich beinahe von selbst erschließt. Überall in Europa gibt es immer wieder Anlass, über Europa, seine Geschichte und seine Zukunft nachzudenken, aber an keinem Platz mehr als in Berlin. Und prinzipiell steht dafür jeder Tag des Jahres zur Verfügung. Keiner ist jedenfalls für eine Veranstaltung in Berlin geeigneter, als der 9. November, denn um dieses Datum herum gruppiert sich mit einer bemerkenswerten Regelmäßigkeit der ganze Glanz und das tiefe Elend der deutschen Geschichte und macht allein durch diesen Zusammenhang deutlich, wie sehr gerade wir mehr als jedes andere Land in Europa in der Vergangenheit, in der Gegenwart und in der Zukunft von dem Verhältnis zu unseren Nachbarn und den anderen europäischen Ländern, abhängig sind.

Die Deutschen hatten ihre Geschichte nie für sich allein. Von mehr Nachbarn als jedes andere Land in Europa umgeben, war die deutsche Geschichte notwendigerweise immer in hohem Maße beeinflusst von den Entwicklungen in Nachbarländern und schon gar mit Blick auf die jüngere Geschichte wird man hinzufügen müssen, war deren Schicksal noch mehr von den Verhältnissen in Deutschland betroffen.

Das Europa ein großes Friedensprojekt ist, wissen wir nicht erst seit der Verleihung des Friedensnobelpreises in diesem Jahr. Es ist ganz sicher das erfolgreichste Friedensprojekt, das es in der europäischen Geschichte je gegeben hat. Dass, wie in Festreden



heute regelmäßig referiert wird, diese Friedensdividende keine Motivation für den europäischen Integrationsprozess mehr sei, gehört zu den verständlichen, aber gefährlichen Vergesslichkeiten, zu denen moderne Gesellschaften neigen, die sich daran gewöhnt haben, die einzigen Verhältnisse, die sie je kennengelernt haben, auch für die einzig möglichen zu halten.

Tatsächlich leben wir in einer Zeit, die mit Blick auf die europäische Geschichte, die seltene Ausnahme von der gegenteiligen Regel ist. Auch für die Geschichte der Europäischen Gemeinschaft ist eher neu, dass Europa ein regelmäßiges Topthema in den Medien ist. Eine Erfahrung, die wir erst in den letzten Monaten machen konnten. Nicht immer zu unserem Vergnügen. Wir sind im technischen Sinne Nutznießer der Medienlogik, dass nicht Erfolgsgeschichten die Schlagzeilen prägen, sondern tatsächliche oder vermeintliche Krisen.

Mit Krisenerfahrung ist die Europäische Union allerdings reichlich gesegnet. Europa ist ein Produkt der traumatischen Krisenerfahrung von zwei Weltkriegen, die auf diesem Kontinent angezettelt worden sind. Die europäische Integration hat sich naturnotwendig immer wieder aus Krisen heraus weiterentwickelt, denn für das beispiellose Projekt der Menschheitsgeschichte, dass Nationalstaaten freiwillig Souveränitätsrechte abtreten, in der Einsicht,



dass sie auf dem Papier längst eindrucksvoller geworden sind als in der Realität einer globalisierten Welt, ist die Voraussetzung jedes weiteren Integrationsschritts die nächste Einsicht, dass viele Anliegen besser gemeinsam als jeweils einzeln verfolgt werden können.

Dabei ist uns vieles gelungen und manches nicht ganz, jedenfalls nicht so komplett, wie wir uns das wünschen würden und wie wir es auch realisieren müssen, aber ich habe keinen Zweifel daran und bin fast sicher, dass der Präsident des Europäischen Parlamentes dies in seiner Rede sehr ähnlich beurteilen wird, dass einmal mehr auch aus dieser Krise ein neuer Impuls, und insbesondere ein neuer Integrationsschritt, erwächst.

In meiner Münchener Rede zum Tag der Deutschen Einheit, die Hans-Gert Pöttering liebenswürdigerweise vorhin erwähnt hat, habe ich gesagt, wer nicht auf der Stelle treten will, hat genau zwei Alternativen: Vorwärts oder rückwärts. Das gilt im Übrigen nicht nur für Europa, aber es gilt auch für Europa. Rückwärts, das ist die Option zurück in die Vergangenheit. Zurück in die Rivalität von Nationalstaaten, deren Ehrgeiz am Ende größer und grotesker war als ihre Möglichkeiten. Und Vorwärts: Das ist der Weg in eine gemeinsame Zukunft, die Schlussfolgerung aus der Einsicht zieht, dass wir in einer Welt, in der der

Anteil der Europäer an der Weltbevölkerung immer kleiner wird, obwohl die Gemeinschaft ständig wächst, entweder gemeinsam eine Rolle spielen oder keine Rolle spielen werden.

Dass erst zur 3. Europa-Rede auf gemeinsame Initiative der Konrad-Adenauer-Stiftung, der Stiftung Zukunft Berlin und der Robert Bosch Stiftung der Präsident des Europäischen Parlamentes das Wort erhält, entspricht selbstverständlich nicht der Rangordnung der Verfassungsorgane, was der guten Ordnung halber mindestens einmal vorgetragen werden muss, aber es entspricht dem historischen Entwicklungsprozess der Europäischen Gemeinschaft, die, da tritt man niemanden zu nahe, als ein Projekt europäischer Exekutiven begonnen hat und auch deshalb vergleichsweise spät und mit erheblicher Verzögerung die Parlamentarisierung gesucht und gefunden hat.

Spätestens seit dem Lissabon-Vertrag befinden wir uns da auf einer gemeinsamen Spur. Und entgegen einer weitverbreiteten öffentlichen Vermutung, dass wir in Zeiten von Krisen eine Marginalisierung von Parlamenten erlebten, können wir im europäischen Modus und schon gar in der Bundesrepublik Deutschland den Nachweis führen, dass gerade im Kontext dieser Herausforderung das Gegenteil stattfindet. Eine Revitalisierung parlamentarischer Zuständigkeiten oder, das mag sich jetzt mit exekutiven Ohren

fast unfreundlich anhören, die Eroberung eines Geländegewinns durch Parlamente, das in der Vergangenheit ausschließlich von Regierungen besetzt war. In den letzten Jahren ist fast unmerklich die Europa-politik aus dem Bereich der Außenpolitik in den der Innenpolitik gewechselt mit der wiederum unvermeidlichen Folge, dass beispielsweise das Deutsche Verfassungsgericht folgerichtig darauf besteht, dass für europäische Gesetzgebung die gleichen demokratischen Mindestanforderungen gelten müssen, wie für nationale Gesetzgebung auch, was im Klartext bedeutet: Keine Legitimation ohne Parlamentsbeteiligung.

Das ist nicht immer gemütlich, übrigens für beide Seiten nicht, aber es entspricht unseren Vorstellungen einer demokratischen, rechtsstaatlichen Ordnung. Und wir arbeiten sehr eng, wie sich das gehört, an der Vervollständigung der Verfahren und Prozeduren, die auch im Zusammenhang mit Fiskalpakt und ESM gemeinsam auf uns zukommen, und ich nutze die Gelegenheit gerne zu sagen, niemand muss fürchten oder darf hoffen, dass es hier zwischen dem Deutschen Bundestag und dem Europäischen Parlament Rivalitäten geben wird.

Wir haben nicht die gleiche, aber eine sehr ähnliche Aufgabe und wir werden gemeinsam darauf bestehen, dass alle relevanten Entwicklungen und Entscheidungen in Europa von den nationalen Parlamenten wie dem Europäischen Parlament begleitet, kontrolliert und entschieden werden.

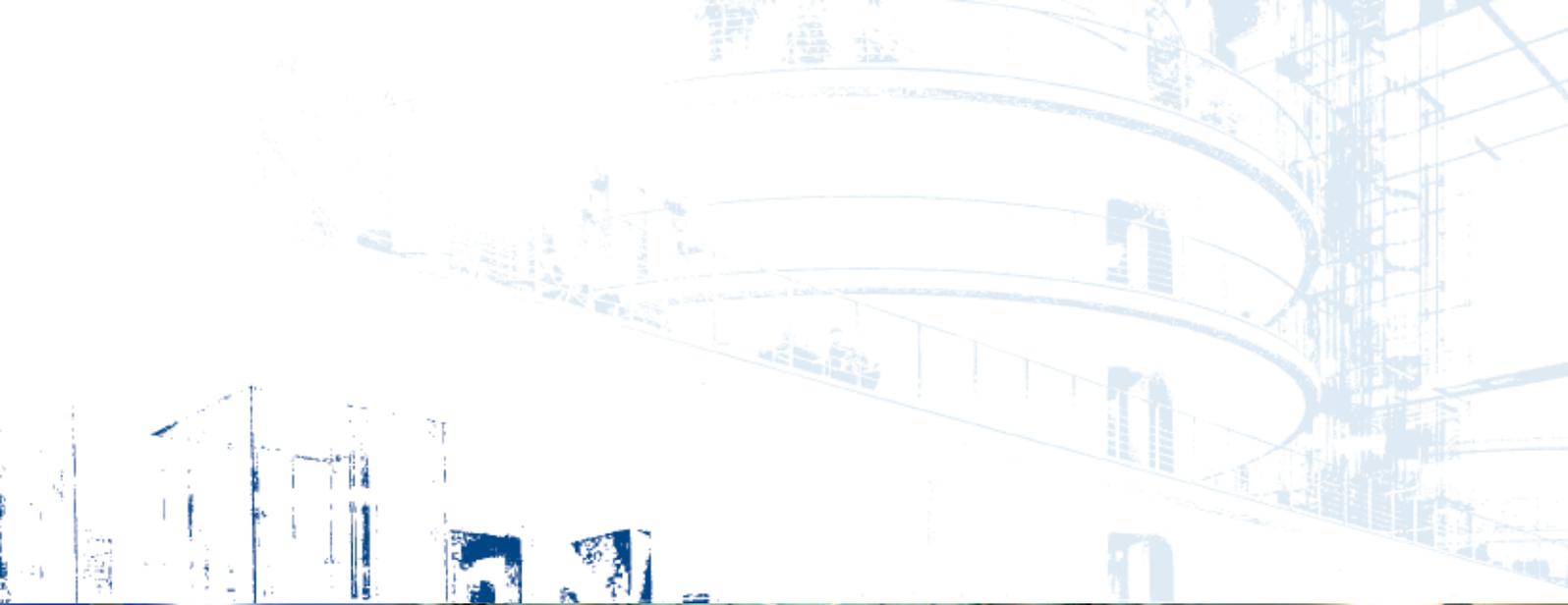
Dabei ist die Rollenverteilung eigentlich ziemlich übersichtlich. Parlamente müssen sich daran gewöhnen, dass sie nicht verhandeln können. Und Regierungen müssen sich daran gewöhnen, dass sie nicht rechtsverbindliche Entscheidungen treffen können. Das ist für beide gelegentlich eine etwas strapaziöse Begrenzung der eigenen Kompetenzen, aber eine sehr übersichtliche Faustregel, deren Umsetzung in der europäischen Realität meiner Vorstellung einer demokratisch verfassten Gemeinschaft sehr entgegenkommt.

Meine Damen und Herren, diese Veranstaltung heute Abend findet im Paul-Löbe-Haus des Deutschen Bundestages statt. Das ist das Haus, in dem alle Ausschüsse des Deutschen Bundestages, alle Fachaus-



schüsse tagen und ein Teil der Abgeordnetenbüros sich befindet, es ist benannt nach dem großen Parlamentarier Paul Löbe, der viele Jahre Präsident des Weimarer Reichstages war und Alterspräsident des ersten freigewählten Bundestages. Paul Löbe hat erlebt, wie in Deutschland eine Demokratie, eine parlamentarische Demokratie begründet wurde und scheiterte. Und als er den ersten Deutschen Bundestag als Alterspräsident eröffnet hat, hätte er sich nicht vorstellen können, mit welchen Aufgaben wir uns am Beginn des 21. Jahrhunderts gemeinsam auseinandersetzen müssen und denjenigen, die gelegentlich zur Skepsis, zur Ängstlichkeit oder gar zur Klage neigen. Wenn man Paul Löbe und den Frauen und Männern des ersten Deutschen Bundestages die Option eröffnet hätte, sich statt mit den Problemen unmittelbar nach dem 2. Weltkrieg mit den scheinbar unzumutbaren Problemen eines zusammenwachsenden Europas, einer gemeinsamen Währung und dafür notwendiger gemeinsamer Haushaltsdisziplin und parlamentarischer Verfahren auseinanderzusetzen, hätten sie sicher keine Sondersitzung ihrer Fraktion gebraucht, sich für die dankbarere Aufgabe zu entscheiden.

Wir sollten uns wöchentlich dafür beglückwünschen, dass wir uns mit diesen Problemen auseinandersetzen dürfen, denn es ist der größte Fortschritt, den es in der europäischen Geschichte überhaupt gegeben hat und deswegen, lieber Martin Schulz, ist es eine doppelte Freude, dass Sie als vierter Deutscher Präsident eines freigewählten Europäischen Parlaments heute die 3. Europa-Rede hier in Berlin halten.



„Wir sind gewiss in der schwersten Krise seit der Gründung. Aber ein Teil der Krise ist sicherlich auch, dass uns viele dieser Erfolge selbstverständlich geworden sind.“

Martin Schulz

## Die Rückkehr zur Langfristigkeit

**I**ch danke Ihnen für Ihre Einladung. Den Veranstaltern, der Konrad-Adenauer-Stiftung, der Robert Bosch Stiftung und der Stiftung Zukunft Berlin, möchte ich zu Ihrer Initiative, der Berliner Europa-Rede, gratulieren. An diesem schicksalhaften Datum, dem 9. November, gerade hier in Berlin, eine Europa-Rede zu veranstalten und damit gleichsam zu verdeutlichen, dass die deutsche und die europäische Geschichte so untrennbar miteinander verbunden sind, wie die deutsche und die europäische Zukunft – das ist eine kluge Initiative! Dafür möchte ich Ihnen von Herzen danken.

Wir leben in bewegten Zeiten, wir leben in schwierigen Zeiten – vor allem für Europa. Das Trommelfeuer der Krisenberichterstattung über die Europäische Union wurde allerdings vor drei Wochen durch eine überraschende Nachricht jäh unterbrochen: Der EU wird am 10. Dezember in Oslo der Friedensnobelpreis verliehen. Endlich eine gute Nachricht in dieser Untergangsstimmung, haben viele von uns wohl gedacht. Und in der Tat: Es ist eine gute Nachricht und eine verdiente Auszeichnung. Der Friedensnobelpreis ehrt die historischen Erfolge der europäischen Integration. Er soll uns Ansporn sein, gerade jetzt in der Krise weiterzukämpfen und Alles zu tun, um die Europäische Union nicht scheitern zu lassen.

Der Friedensnobelpreis ist aber auch auf andere Weise eine große Chance. Denn diese Auszeichnung gibt uns die Gelegenheit, einmal über die Tagespolitik hinaus, über den Ereignisdruck der Mediengesellschaft hinaus, über die Kurzatmigkeit unseres alltäglichen Handelns hinaus, darüber nachzudenken, was wirklich wichtig ist.

Deshalb möchte ich heute der politischen Kurzfristigkeit eine Absage erteilen und Sie einladen, mit mir gemeinsam am 9. November, in Berlin, diesen Schicksalstag, diesen Schicksalsort des deutschen Volkes, in einen größeren historischen Rahmen einzuordnen.



Am 9. November 1918 rief Philipp Scheidemann vom Balkon des Reichtages die Republik aus. Das deutsche Kaiserreich war beendet, und mit ihm endgültig auch der Erste Weltkrieg.

Am 9. November 1923 marschierten die Nationalsozialisten unter Führung Adolf Hitlers in München zur Feldherrnhalle. Ein Putschversuch, der scheiterte und doch das Grauen der totalitären Nazi-Herrschaft vorzeichnete.

Am 9. November 1938 wurden in der Reichspogromnacht Synagogen in ganz Deutschland in Brand gesetzt. Ein Menetekel für das entsetzlichste Verbrechen der Menschheitsgeschichte: Die systematische Ermordung der europäischen Juden.

Am 9. November 1989 brachten mutige Menschen die Berliner Mauer zum Fall und der Funken der Freiheit breitete sich über Europa aus. Berlin, das über Jahrzehnte Symbol der Teilung Deutschlands und Europas war, wurde zum Symbol der Einheit und Freiheit.

Was auch immer an einem 9. November in Deutschland geschah, das war auch immer entscheidend für den Lauf der Dinge in Europa. Deutsche und europäische Geschichte sind auf das Engste verwoben. Wer das nicht versteht, der wird die europäische

Integration nicht verstehen, wird die Verantwortung Deutschlands heute in und für Europa nicht verstehen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg liegt Europa in Trümmern, moralisch und physisch. Der von Deutschland ausgelöste Krieg hat Europa zerstört: 60 Millionen Tote, darunter 19 Millionen Zivilisten und sechs Millionen europäische Juden. Verwüstete Städte und Landstriche. Zerrissene Familien. Schutt und Asche, Elend und Hoffnungslosigkeit – das war Europa damals.

Was folgte, das erstaunt uns noch heute: Sechs Jahrzehnte Frieden auf unserem Kontinent, der in den vergangenen Jahrhunderten wohl keinen einzigen Tag kannte, an dem nicht irgendwo in Europa Schlachten geschlagen und Menschen niedergemetzelt wurden. Der Friede ist wahrlich nicht in der europäischen DNA verankert.

Indes, was als „Wunder“ mittlerweile fast mythische Formen angenommen hat, dieses „Wunder“ wurde als „Immunsystem gegen Kriege“ bezeichnet. Dieses „Immunsystem“, das ist die Methode der Gemeinschaft für Kohle und Stahl. Eine Idee, die ich für eine der genialsten in der Menschheitsgeschichte halte. Diese Idee umzusetzen, diese Idee durchzusetzen, das hat Kühnheit und Weitsicht erfordert – und den Mut zu einer auf Langfristigkeit ausgerichteten Politik.

Erinnern wir uns, der französische Außenminister Robert Schuman schlug dem deutschen Bundeskanzler Konrad Adenauer in wenigen Worten, in einem kurzen handschriftlichen Brief nichts weniger als eine Revolution vor, der Adenauer sofort, wie er in seinen Erinnerungen schreibt, „aus ganzem Herzen“ zustimmte: Die kriegswichtigen Schlüsselindustrien, die Kohle- und Stahlproduktion, sollten unter die Verwaltung einer gemeinsamen Hohen Behörde gestellt werden. Das war die brillante Idee von Robert Schuman und seinem Berater Jean Monnet.

Dabei waren die Nachkriegsjahre sicher keine Zeit des Pathos. Es herrschte eher die nüchterne Einsicht in die Notwendigkeit: Wenn es jemals dauerhaften Frieden auf diesem Kontinent geben sollte, dann musste man es den Deutschen ermöglichen, eine eigene Demokratie aufzubauen. Durchaus im Bewusstsein all dessen, was im Namen des deutschen Volkes an Grausamkeiten verübt worden war, es den



Deutschen dennoch gestatten, erhobenen Hauptes in die demokratische Völkerfamilie zurückkehren zu können. In der Rückschau auf das 20. Jahrhundert ist der Schuman-Plan historisch der Gegenentwurf zum Versailler Vertrag des Georges Clemenceau: Nicht auf die Knie, an den Pranger, ihr seid schuld – sondern bekennt euch zu eurer Verantwortung und wir reichen euch die Hand zum Frieden.

Helmut Schmidt hat das als „realistische Einsicht in die Notwendigkeit, eine Fortsetzung des Kampfes zwischen Peripherie und dem deutschen Zentrum zu vermeiden“ und diese Einsicht als „Ursprungsmotiv der europäischen Integration“ bezeichnet. Denn manche fürchteten bereits das Wiedererstarken Deutschlands und sahen erneute Konflikte voraus. Weil sie jedoch eine auf Langfristigkeit angelegte Politik betrieben, war ihnen klar, dass die enge Einbindung dieses Kolosses in der Mitte dieses Kontinents, der so viel Unglück über die Völker Europas gebracht hatte, der einzig Weg war, um einen erneuten Krieg zu verhindern. Robert Schuman hat das die „Solidarität der Tat“ genannt. Sich zu dieser „Solidarität der Tat“ zu bekennen, das hat damals ungeheuren Mut erfordert. Wir erinnern uns heute nur noch blass daran, was das damals bedeutete. Charles de Gaulle, Robert Schumann, Paul-Henri Spaak, Alcide de Gaspari, Joseph Bech, Johan Willem Beyen mussten ihren Landsleuten zuhause erklären, dass nur wenige Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg – zu einem Zeitpunkt, an dem die Bilder blutiger Schlachtfelder noch nicht verblasst, die tiefen Wunden noch nicht vernarbt, die zerstörten Häuser in den zerbombten Städten noch nicht wieder aufgebaut waren – man jetzt dem Erzfeind die Hand zur Versöhnung reichen würde, die Täter nicht auf ewig verdammen, sondern sie wieder in die Gemeinschaft aufnehmen und ihnen auch noch

beim wirtschaftlichen Wiederaufbau helfen würde. Das war eine Zumutung! In seinem epochalen Werk „Geschichte Europas“ lässt Tony Judt den US-amerikanischen Geheimdienststoffzler Saul K. Padover zu Wort kommen: „Kein Mensch wird verstehen, welche Gefühle die Europäer den Deutschen entgegenbringen, solange er nicht mit Belgiern, Franzosen oder Russen gesprochen hat. Für sie sind nur tote Deutsche gute Deutsche.“

Den Deutschen die Hand zu reichen, das hat damals unermesslichen Mut erfordert, politische Klugheit und große Weitsicht zudem. Männer und Frauen dieser Generation haben ihr politisches Schicksal durch ein Bekenntnis zur Idee Europa mit dem europäischen Schicksal verknüpft. Damit sind sie ein hohes Risiko für ihre politische Zukunft eingegangen. Denn sie trafen diese Entscheidung im Bewusstsein, dass sie nicht populär war und Früchte – wenn überhaupt – dann erst in ferner Zukunft tragen würde.

Und doch, es gelang: Deutschland wurde in die Mitte Europas zurückgeführt. Feinde wurden Freunde, Grenzen geöffnet, eine zerstörte Region zum reichsten Binnenmarkt der Welt. Wohlstand, Frieden und Freiheit zogen dauerhaft in Europa ein. Auch, weil es in Europa gelang, ein einzigartiges Gesellschaftsmodell zu bauen. Auf der Basis eines breiten politischen Konsenses, dass der Staat der Wirtschaft einen sozialen Ordnungsrahmen zu geben habe, wurde der Wohlfahrtsstaat geboren. Die Kluft zwischen Arm und Reich schrumpfte. Und die größere Gleichheit linderte die Angst vor einer Rückkehr des Extremismus. Wie uns Tony Judt erinnert: Die wichtigste Aufgabe der Nachkriegspolitik war es, die Mittelklasse wieder mit der Demokratie zu versöhnen. Das europäische Wohlfahrtsmodell wurde zum Bollwerk gegen die Rückkehr vergangener Schrecken.

Denn Zugang zu Bildung, Gesundheit, progressive Besteuerung, Mitbestimmung, Renten und Arbeitslosenversicherungen, ja, das sind auch heute die Fragen der sozialen Gerechtigkeit. Sie sind aber auch, wie die von der katholischen Soziallehre inspirierte christdemokratische Generation der Nachkriegspolitik von Adenauer bis de Gaspari, von de Gaulle bis Schuman richtig erkannte, die beste Stabilisierungsmaßnahme für junge Demokratien, der beste Schutz vor politischem Extremismus, von links wie von rechts.

Und gerade deshalb erlaube ich mir folgenden Hinweis: Wenn heute wieder von einer „verlorenen Generation“ in Europa gesprochen wird, dann muss uns das aufschrecken lassen. In Griechenland und Spanien ist jeder zweite junge Mensch ohne Arbeit. Viele mehr stecken in einer fatalen Spirale aus Praktika und Zeitverträgen fest. Das führt zu Enttäuschung, zu Frustration, zu Wut. Und untergräbt das Vertrauen in unsere demokratischen Institutionen.

„Wir bilden das Herz Europas“, sagte der französische Präsident Francois Hollande vor wenigen Wochen beim „Festakt zum 50. Jahrestag der Rede Charles de Gaulles an die deutsche Jugend“ zur deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel. Die deutsch-französische Freundschaft hat über Jahrzehnte als Motor der europäischen Einigung gewirkt. Charles de Gaulle und Konrad Adenauer schufen das Fundament für ein völlig neues Miteinander der beiden Völker. Diese beiden Männer, tief geprägt durch die Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts, den Ersten Weltkrieg, und den Zivilisationsbruch des Naziregimes, jeder auf seine Weise, besaßen den Mut gegen den verständlichen Zorn, der in ihren Tagen herrschte, den Glauben an die langfristige Wirkung der Versöhnung zu setzen. Das macht sie zu wahrhaft großen Gestalten der europäischen Geschichte.

Helmut Schmidt und Valéry Giscard D'Estaing leiteten in freundschaftlicher Verbundenheit eine Vertiefung der europäischen Einigung ein, indem sie mit der Schaffung einer „Europäischen Zone der Währungsstabilität“ die Grundlagen für den Euro schufen – den „ECU“.

Diese beiden Staatsmänner, der eine Soldat der Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg, der andere als Sohn eines französischen Besatzungsoffiziers in Koblenz geboren, begriffen, dass der beste Weg um die jungen Demokratien Griechenland, Spanien und Portugal, die gerade erst das Joch ihrer faschistischen Diktaturen abgeworfen hatten, zu schützen und zu stabilisieren, ihre schnelle Integration in die europäische Gemeinschaft war. Die Beitrittsperspektive hat in diesen Staaten ähnlich wie später in den ost- und mitteleuropäischen Ländern wesentlich zur Stabilisierung der jungen Demokratien beigetragen. Auch damals waren die Erweiterungsrounden nicht unumstritten, aber auch Schmidt und Giscard D'Estaing setzten anstatt auf kurzfristige Taktik auf langfristige Wir-

kung. Diktaturen wandelten sich zu Demokratien, auch das ist Teil der europäischen Erfolgsgeschichte, die mit dem Friedensnobelpreis geehrt wird.

Die Ablösung von Helmut Schmidt und Valéry Giscard d'Estaing durch Helmut Kohl und François Mitterrand wurde in ihren jeweiligen Ländern zu Recht als Zäsur empfunden. Was jedoch bestehen blieb, das war der unbedingte Wille zur Fortsetzung der deutsch-französischen Zusammenarbeit als stabile Grundlage der europäischen Einigung.

Wir erinnern uns noch an jenen Tag im September vor 28 Jahren, als Helmut Kohl und François Mitterrand Hand in Hand auf dem Soldatenfriedhof bei Verdun der im Ersten Weltkrieg gefallenen französischen und deutschen Soldaten gedachten. Hand in Hand, der Franzose, der im Zweiten Weltkrieg verletzt wurde, und der Deutsche, dessen Bruder im Krieg fiel. Hand in Hand auf dem Schlachtfeld in Verdun, dem Ort an dem 843 das Reich Karl des Großen aufgeteilt wurde, dem Ort an dem 1916 in der „Knochenmühle“ Verduns, dem Grauen der Schützengräben eine halbe Million Franzosen und Deutsche abgeschlachtet wurden.

1991 trafen Mitterrand und Kohl die Entscheidung, die gemeinsame Währung, den Euro, Wirklichkeit werden zu lassen. Die Entscheidung für den Euro war eine Wiederaufnahme der Idee Monnets, erneut durch Integration drohende Konflikte zu vermeiden. Hier in diesem Saal sind viele Zeitzeugen dieses Versuchs, ein durch die Wiedervereinigung erstarkendes Deutschland eng in Europa einzubinden. Auch die Angst vor einer übermächtigen Bundesbank und eines D-Mark-Imperialismus beherrschte die Debatte. In manchen Regierungszentralen war man zögerlich, ob die deutsche Einheit der richtige Schritt war. Und auch hier war es der Mut zur langfristigen Politik, der über die Verführung, aktuellen Missstimmungen nachzugeben, triumphierte.

Über Jahrzehnte war es die deutsch-französische Freundschaft, die an unterschiedlichen Weggabelungen die europäische Einigung voranbrachte. Heute, fast ein Jahrzehnt nach der Osterweiterung, ist es an der Zeit, dieses französisch-deutsche Paar um einen Dritten im Bunde zu erweitern: um Polen.

Unser Nachbar Polen ist die dynamischste Volkswirtschaft in der EU. Dieses Land fester in Europa einzubinden ist in unser aller Interesse. Zumal Polen als Repräsentant der mittel- und osteuropäischen Staaten eine Vorreiterrolle heute schon einnimmt. Ich bin fest davon überzeugt, dass das Weimarer Dreieck wiederbelebt werden und Polen möglichst bald dem Euro beitreten sollte.

Lech Walesa, Bronisław Geremek, Władysław Bartoszewski – diese außergewöhnlichen Persönlichkeiten haben uns vor Augen geführt, welchen Beitrag ihr Land zu Europa leistet. Premierminister Donald Tusk und Präsident Bronisław Komorowski sind beide Vertreter eines europäischen Geistes von solch intellektueller und emotionaler Frische, wie man es sich bei manchem europäischen Politiker aus den sogenannten „alten“ Mitgliedsländern wünschen würde. Und den Beitrag, den der polnische Papst Johannes Paul II zur Wiedervereinigung unseres Kontinents geleistet hat, kann man nicht hoch genug schätzen.

Ein Blick in die bittere, leidvolle Geschichte des polnischen Volkes lässt erahnen, dass es in diesem Land nicht leicht ist, die langfristige Einbindung in die europäische Einigung der kurzfristigen nationalen Wallung entgegen zu setzen. Wer die Geschichte unserer Völker betrachtet, der muss die Chance, dass Deutschland, Frankreich und Polen vereint in einer gemeinsamen politischen Union und verbunden durch eine gemeinsame Währung das 21. Jahrhundert bewältigen, als Geschenk von unschätzbarem Wert begreifen.

Der Friedensnobelpreis ehrt jene mutigen Menschen, die mit Weitsicht und Kühnheit Entscheidungen trafen, die das Leben von Millionen Menschen verbessern sollten. Männer und Frauen, die ihr politisches Schicksal untrennbar mit dem Bekenntnis zu Europa verbanden.

Wenn am 10. Dezember diesen Jahres europäische Politiker und Politikerinnen, Repräsentanten der EU-Institutionen und Regierungschefs nach Oslo reisen, dann tun wir das als ihre Stellvertreter. Uns soll dieser Preis daher Mahnung sein, in der jetzigen Krise, der schwersten Krise der europäischen Einigung, die Politik des Durchwurstelns zu beenden und zu einer Politik der Langfristigkeit zurückzukehren. Uns soll



dieser Preis Ermutigung sein, uns mit der gleichen Bedingungslosigkeit zu Europa zu bekennen, unser politisches Schicksal mit dem Schicksal Europas untrennbar zu verknüpfen.

Jürgen Habermas schrieb über meine Politikergeneration von „einer normativ abgerüsteten Generation, die sich von einer immer komplexeren Gesellschaft einen kurzatmigen Umgang mit den von Tag zu Tag auftauchenden Problemen aufdrängen lässt.“ Ich muss diese Kritik auch als Selbstkritik annehmen. Politik ist heutzutage dem Rhythmus der globalisierten Mediengesellschaft unterworfen und wird in einer unvorstellbar kurzen Taktung vollzogen. Wir alle kennen das: Kaum läuft eine Meldung über die Ticker der Nachrichtenagenturen, muss sie kommentiert werden. Kaum ist eine Umfrage auf dem Markt, muss schon reagiert werden. Die sozialen Medien, Twitter und Facebook, verstärken den Druck, immer sofort reagieren zu müssen. Es wird in Zeitfenstern von maximal der nächsten Wahl gedacht. Selbst Rating-Agenturen geben der Politik den Takt für Entscheidungen vor. Umso mehr hat mich beeindruckt, dass sich – wie andere Bundeskanzler zuvor – auch Gerhard Schröder entschieden hatte, diesem Diktat des Moments zu entsagen und eine Reform in Deutschland zu initiieren, die unser Land nach vorne gebracht hat, aber deren Ernte die von ihm geführte Bundesregierung nicht mehr selbst einfahren konnte.

In dieser im Entstehen begriffenen „marktkonformen Demokratie“, die sich dem Ereignisdruck der Märkte beugt anstatt ihr den Primat der Politik entgegenzusetzen, droht die parlamentarische Demokratie unter die Räder zu kommen – denn Parlamente brauchen Zeit, um Vorschläge zu prüfen, um in streitbarer Diskussion Argumente auszutauschen und konsensuale Lösungen zu suchen oder Entscheidungen durchzusetzen.

Was auch unter die Räder kommt, das ist die Langfristigkeit, das Denken in längeren Zeiträumen. „Griechenland bekommt keinen Cent“ – das mag tagespolitisch eine populäre Lösung sein. Aber muss man sich nicht auch die Zeit nehmen, darüber nachzudenken, was der Ausschluss oder Austritt Griechenlands an langfristigen Auswirkungen mit sich brächte? Etwa weitere spekulative Attacken gegen den Euro? Gar einen Dominoeffekt, bei dem ein Euro-Land nach dem anderen fallen würde? Die Bertelsmann-Stiftung spricht von einem unmittelbaren Schaden von drei Billionen Euro für Deutschland. Und welche langfristigen gesellschaftlichen Kosten entstehen erst, wenn das soziale Gewebe eines Landes brüchig wird? Würde das nicht den Nährboden für Extremismus bereiten und unsere Demokratie gefährden?

Zeiten der Krise sind immer Zeiten der Exekutive. Unter dem Ereignisdruck der Märkte sind schnelle Entscheidungen gefragt. Denn Parlamente, die nationalen gleichermaßen wie das Europäische, werden zusehends an den Rand gedrängt. Einmalig mag das hinzunehmen sein, aber als perpetuierter Ausnahmezustand gefährdet dies die Demokratie. Der Trend der seit drei Jahren anhaltenden Vergipfelung, die Zunahme der Gipfeltreffen des Europäischen Rates, bei denen über immer mehr Detailfragen entschieden werden, höhlt die Demokratie aus. Jürgen Habermas hat das als „Selbstermächtigung des Europäischen Rates“ bezeichnet. Mich erinnert dieses Vorgehen an den „Wiener Kongress“ im 19. Jahrhundert. Damals lautete die Maxime: Nationale Interessen durchdrücken und das ohne demokratische Kontrolle.

Begründet wird dieses Vorgehen mit einer vermeintlichen Steigerung der Handlungsfähigkeit. Ich sage vermeintlich, weil es in der Tat oftmals zu einer Vermögung von Entscheidungen und Handlungen führt. Denn im Europäischen Rat wird gemäß dem Einstimmigkeitsprinzip entschieden – das heißt nichts anderes, als dass das langsamste und unwilligste Mitglied das Tempo vorgibt. Zu welchen Verrenkungen das führt, wenn man unter diesen Bedingungen dennoch handeln will, das konnte man beim Fiskalpakt sehen und auch bei den laufenden Verhandlungen zum mehrjährigen EU-Finanzrahmen erleben wir das aktuell.

Die Herausforderung an die Politik heute ist: Die Handlungsfähigkeit und zugleich die Demokratie bewahren.

Die Krise macht uns bewusst, dass wir bereits heute nicht mehr im nationalen Rahmen, sondern im eng verflochtenen Europa leben. Ein Land kann alle anderen mit in den Abgrund reißen, diese Erkenntnis hat uns seit geraumer Zeit eingeholt. Unsere Volkswirtschaften, unsere Gesellschaften, unsere Leben sind bereits untrennbar miteinander verknüpft. Die Menschen haben das begriffen. Sie interessieren sich bereits mehr dafür, was in ihren Nachbarländern passiert. Wohl selten haben nationale Wahlen so ein großes Interesse hervorgerufen wie jene in Frankreich und Griechenland. Ja, die Menschen interessieren sich dafür, wann woanders in Rente gegangen wird, wie dort der Spitzensteuersatz aussieht, warum junge Menschen auf den Straßen europäischer Hauptstädte



demonstrieren gehen. Da ist schon eine europäische Öffentlichkeit im Entstehen begriffen. Allerdings negieren manche Regierungen diesen bereits existierenden europäischen Bezugsrahmen noch. Sie halten lieber an der Fiktion nationalstaatlicher Souveränität fest. An der Inszenierung Brüsseler Gipfeltreffen, auf denen nationale Interessen durchgeboxt werden und die Ergebnisse dann jeweils der heimischen Öffentlichkeit als Sieg verkauft werden. Dabei ist es im ureigensten nationalen Interesse, dass Europa funktioniert. Ulrich Beck formulierte das Paradox des Souveränitätsverzicht, der zu Souveränitätsgewinn führt; die Europäisierung als Positiv-Summen-Spiel, in dem es im Gegensatz zu einem Null-Summen-Spiel nicht länger so ist, dass der eine verlieren muss, damit der andere gewinnt. Die Logik des Positiv-Summen-Spiels lautet vielmehr: Entweder gewinnen wir alle oder verlieren wir alle.

Doch einige Regierungschefs spielen weiter ihr Nullsummen-Spiel im neuzeitlichen „Wiener Kongress“, im Ratsgebäude in Brüssel. Warum? Weil sie ihrem Heimatpublikum ihre Ohnmacht nicht eingestehen wollen? Dass Nationalstaaten in vielen Bereichen ihre Handlungsfähigkeit bereits weitgehend eingebüßt haben, das erleben wir jeden Tag. Auf den unkontrollierten und teilweise hemmungslosen Finanzmärkten werden Nationalstaaten zum Spielball der Finanzinteressen. Wäre heute eine rationale, nüchterne Einsicht in die Notwendigkeit nicht anzuerkennen, dass entweder jeder alleine ertrinkt oder wir gemeinsam segeln? Dass es in vielen Bereichen nur mehr supranationale Lösungen gibt? Bei der Regulierung der Finanzmärkte bei den transkontinentalen Handelsbeziehungen, beim Klimawandel, der internationalen Sicherheit, dem Kampf gegen die Armut in der Welt?

Es besteht kein Bedarf, jetzt in der Krise das Rad neu zu erfinden. Die Gemeinschaftsmethode in den Gemeinschaftsinstitutionen verankert, das ist die Basis, um Handlungsfähigkeit und Demokratie in Europa zu bewahren. Denn die EU, und das wird oft vergessen, ist ja der Versuch nicht nur supranationale Lösungen für transnationale Probleme zu finden, sondern die Demokratie dabei zu retten. Eben nicht Regierungschefs in intergouvernementalen Foren, hinter verschlossenen Türen, der Öffentlichkeit unzugänglich, Absprachen treffen zu lassen, die die heimischen Parlamente nur mehr durchwinken sollen. Sondern parlamentarisch legitimierte Entscheidungen über Sachverhalte, die uns alle angehen und die Handlungsfähigkeit von Nationalstaaten übersteigen, auf transnationaler Ebene zu treffen.

Für mich bedeutet der Auftrag des Friedensnobelpreises der Politik der Kurzfristigkeit eine Absage zu erteilen und wieder zu einer Politik der Langfristigkeit zurückkehren. Denn nur eine langfristige Perspektive macht eine nachhaltige Politik möglich. Erlauben Sie mir, hierzu zum Abschluss drei Anmerkungen zu machen.

Erstens, wir müssen uns den überall in Europa wieder aufflammenden nationalistischen Vorurteilen entgegenstellen. Die Zentrifugalkräfte der Krise drohen uns auseinanderzutreiben. Viele Deutsche sehen sich als Zahlmeister für den Schlendrian Anderer in Haftung genommen. Andere Völker sehen sich als Opfer einer von außen oktroyierten, in Berlin entschiedenen Sparpolitik, sie fühlen sich um ihre Selbstbestimmung gebracht und ihre Demokratie beschädigt.

Die Menschen werden aufeinander gehetzt und gegeneinander ausgespielt. Dabei sind sie alle, wir alle sind Opfer der Finanzkrise. Die einen zahlen mit ihrem Steuergeld für Garantien, die anderen durch Kürzungen von Leistungen. Nur die Verursacher der Krise, die kommen ungeschoren davon.

In dieser wirtschaftlich und sozial angespannten Lage fällt die Hetze von Populisten und Extremisten auf fruchtbaren Boden: Die Saat von Zwietracht und Groll ist ausgebracht. Die Dämonen der Vergangenheit zeigen heute wieder ihre hässliche Fratze. Dämonen, die immer nur Unglück über die Völker Europas brachten. Mit Sorge beobachte ich, dass Fremdenfeindlichkeit wieder auf dem Vormarsch ist, dass

Populisten mit billigen Sprüchen Stimmung gegen andere machen. Mit welcher Leichtfertigkeit wird über „faule Südländer“ gesprochen, an denen man ein „Exempel statuieren“ müsse. Die EU-Flagge wird neben dem Hakenkreuz verbrannt und die deutsche Bundeskanzlerin in Nazi-Uniform abgebildet. Dies habe ich im griechischen Parlament auf das Schärfste verurteilt und das will ich auch an dieser Stelle erneut tun.

Die Nachkriegsgeneration machte sich mit großer Weitsicht daran, einen Sozialstaat aufzubauen, um den gesellschaftlichen Frieden zu sichern und die jungen Demokratien zu stabilisieren. Wir, als ihre Erben, dürfen nicht im vorauseilenden Gehorsam, dem „Diktat der Märkte“ folgend die Axt anlegen an diese große europäische Errungenschaft. Langfristige Politik, das heisst, die langfristigen Auswirkungen politischer Entscheidungen mitzubedenken und in der Tagespolitik die langfristige Stabilität unserer Gesellschaften und Demokratien nicht aus den Augen zu verlieren.

Zweitens, wir müssen uns der Spaltung Europas entgegenstellen. Das Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten kam ja bereits vor einigen Jahren in intellektuelle Mode. Joschka Fischer erklärte, eine „Avantgarde“ müsse die „Rolle der Lokomotive bei der politischen Integration“ übernehmen. Wolfgang Schäuble und Karl Lamers sprachen sich für ein „Kerneuropa“ aus. Heute stehen manche dieser Ideen vor der Umsetzung. Droht doch zusehends die Spaltung in Euro und Nicht-Euro Länder. Das mag zunächst sogar einleuchtend sein. Warum sollten Länder, die nicht im Euro sind, an Entscheidungen der Euro-Governance beteiligt sein? Aber schalten wir von der kurzfristigen auf die langfristige Perspektive, dann ergibt sich ein anderes Bild: Der Euro ist die Währung der Europäischen Union. Alle EU-Mitgliedsländer – außer zweien, die sich ein Opt-Out erbeten haben – sind verpflichtet, den Euro einzuführen, sobald sie die Kriterien erfüllen. Macht es also Sinn, diese Länder von Schlüsselentscheidungen auszuschließen, die sie in naher Zukunft unmittelbar betreffen werden? Macht es Sinn, die derzeit dynamischste Volkswirtschaft der EU und hoffentlich baldiges Euro-Land, Polen, von diesen Entscheidungen auszuschließen? So geschehen etwa beim Gipfel im Oktober 2011 als die Nicht-Euroländer kurzerhand aus dem Sitzungssaal rausgebeten wurden. Die EU



muss weiterhin positive Integrationskräfte entfalten und darf keine Abgrenzungsunion werden.

Für Länder, die sich langfristig aus bestimmten Gemeinschaftspolitiken ausgeklammert haben oder dies beabsichtigen, müssen sicherlich Prozeduren gefunden werden. Das gilt nicht nur für die jeweiligen Abgeordneten im Europäischen Parlament sondern auch für die Kommissare, die Fachminister, die Richter beim Europäischen Gerichtshof.

Drittens, die Europäische Union ist ein Langzeit-Projekt, das immer Langzeit-Dividenden abgeworfen hat – und sie verdient eine Langzeit-Perspektive, über die Tagespolitik, über Umfragewerte, über Wahltermine hinaus. Alle Erfolge der Europäischen Union waren Langzeiterfolge: Die Gemeinschaft für Kohle und Stahl, die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, die Aufnahme junger Demokratien, der Euro und die Osterweiterung. Wir erleben gewiss die schwerste Krise seit der Gründung der EU. Aber ein Teil der Krise ist sicherlich auch, dass uns viele dieser Erfolge selbstverständlich geworden sind – auf dem wohlhabendsten Kontinent dieser Erde frei reisen, arbeiten und leben zu können, mit einem Lebensstandard und einem Grundrechtsschutz, der in anderen Teilen der Welt wie ein Traum erscheint.

Wie leichtfertig wird derzeit über die Wiedereinführung von Grenzkontrollen debattiert! Oder die Aufgabe des Euros propagiert, der doch eine stabile Währung ist und zu unserem Wohlstand beigetragen hat!

Die Rückkehr zur Langfristigkeit sollte nicht nur zur Maxime für die Politik werden, sondern auch zur Maxime für die Wirtschaft. Auf den kurzfristigen Maximalgewinn ausgerichtete, nur an aktuellen Börsenwerten orientiertes Denken hat ursächlich mit zur Finanzkrise beigetragen. Die Bonuskultur in den Vorstandsetagen, das Jobhopping der Manager, Strohfeuerbooms durch Phantasiefinanzprodukte, Steuerflucht und Beihilfenshopping haben zum Raubbau an der Realwirtschaft geführt. Vernachlässigt wurden langfristige Zukunftsinvestitionen in Ausbildung, Infrastruktur und Innovation – die ja erstmal Kosten verursachen und kurzfristig die Bilanz verhegeln. Aber langfristig zu nachhaltigem Wachstum führen.

Mit Tageslosungen werden die entfesselten Finanzmärkte nicht zu bändigen sein. Den Primat der Politik durchzusetzen, das strategische Interesse eines geeinten Europas angesichts weltpolitischer und weltwirtschaftlicher Gewichte-Verschiebungen nicht aus dem Blick zu verlieren – das erfordert eine Rückkehr zur Langfristigkeit.

Ich danke Ihnen, dass Sie an diesem 9. November mir die Gelegenheit gegeben haben, den Vorschlag zu unterbreiten, der Kurzfristigkeit das Konzept der Langfristigkeit entgegen zu stellen. An diesem sehr deutschen Tag, dem 9. November, tue ich das als deutscher Präsident des Europäischen Parlaments, der weiß: Heute findet sich Deutschland – ungewollt und ungeplant – in der Lage wieder, durch seine wirtschaftliche Macht erneut zum Schlüssel in Europa geworden zu sein. Thomas Manns Appell, nicht nach einem deutschen Europa sondern einem europäischen Deutschland zu streben, ist deshalb heute aktueller denn je.

Zumal sechs Jahrzehnte europäischer Integration bewiesen haben: Was gut für Europa ist, das ist gut für Deutschland. Erlauben Sie mir, in diesem Sinne mit den Worten des Friedensnobelpreisträgers Willy Brandt zu schließen, mit Worten die er am Tag nach der Verleihung vor der Universität in Oslo sprach: „Durch Europa kehrt Deutschland heim zu sich selbst und den aufbauenden Kräften seiner Geschichte.“

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.



## Die Neugestaltung Europas mitverantworten

**S**ehr geehrter Herr Präsident Schulz,  
herzlichen Dank für diese profunde und  
inspirierende Rede.

Ich fühle mich ermutigt durch die Art  
Ihrer Rede, die Sie an die Bürger und Bürge-  
rinnen – nicht an die europäischen Institutionen,  
sondern an die ganz gewöhnlichen Menschen –  
gerichtet haben, die Träume von Europa, aber auch  
Sorgen um Europa haben.

Während ich hier im Paul-Löbe-Haus den Reden zu  
Europa zugehört habe, dachte ich an den bedeutend-  
sten Komponisten Bulgariens – Pancho Vladigerov.  
Vladigerov wurde 1920 – in dem Jahr als Paul Löbe  
Präsident des Deutschen Reichstags wurde – von  
Max Reinhardt eingeladen, als Komponist und musi-  
kalischer Leiter am Deutschen Theater zu arbeiten.

1932 – als Paul Löbe den Reichstag verließ – musste  
Pancho Vladigerov (als Halbjude) aus Deutschland  
emigrieren. Max Reinhardt schlug ihm vor, mit ihm  
in die USA zu gehen, doch Vladigerov lehnte ab und  
beschloss, in Bulgarien zu bleiben. Nach dem Krieg  
genoss er hohes Ansehen als Komponist, doch er war  
– wie alle Bulgaren – von Europa und der europä-  
ischen Kultur isoliert. Er hatte nie wieder die Gelegen-  
heit, Reinhardt zu treffen und mit seinen Kollegen  
und Freunden in Westeuropa zusammenzuarbeiten.  
Er war innerhalb der bulgarischen Musikwelt einer  
der wahren Europäer, einer der wenigen, denen es  
gelang, die Einflüsse der bulgarischen Volksmusiktra-  
dition mit dem Besten der europäischen klassischen  
Musik zu verbinden. Er war ein großartiger Kompo-  
nist, doch hatten nur wenige Menschen außerhalb  
Bulgariens die Möglichkeit, seine Musik zu hören.

Ich dachte auch an meinen Großvater, der etwa zur  
selben Zeit in Deutschland war und auch Frankreich,  
die Schweiz und Italien besuchte, wie viele andere  
Bulgaren – Händler, Künstler oder einfache Schulleh-  
rer, wie er selbst. Er hatte eine Leidenschaft für das  
Reisen, für die Erkundung anderer Länder und Städte



und für die Vielfalt der Kulturen. Doch er konnte sei-  
ne Träume nicht erfüllen. Fast ein halbes Jahrhundert  
lang, von 1945 bis 1989, waren die Grenzen Bulga-  
riens geschlossen und es war ihm nicht möglich,  
seine Reisen durch Europa fortzusetzen. Für mich ist  
eines der Bilder Europas seine Bibliothek mit Dutzen-  
den von Büchern über das Reisen, mit Stadtplänen  
europäischer Städte, mit Katalogen europäischer  
Museen. Er hatte nie die Freiheit, sie zu besuchen.

In seiner Bibliothek gab es eine ganze Abteilung nur  
mit Landkarten und Stadtplänen. Vor einem Monat  
habe ich die Bibliothek geordnet und war überrascht,  
dabei einen Artikel von Stalin neben einem Stadtplan  
von Hamburg zu finden. Stalin mochte er nie; warum  
hatte er diesen Artikel ausgerechnet in dieser Abtei-  
lung einsortiert? Dann wurde mir klar, dass es Jahre  
gab, in denen es Mut erforderte, die Karte der freien  
Stadt Hamburg in seiner Bibliothek zu haben. Und  
wenn man es doch wagte, so war es besser, einen  
Artikel des Diktators in der Nähe zu platzieren.

Ich denke, wir neigen leicht dazu, die Mauer, die un-  
seren Kontinent geteilt hat, zu vergessen, die Gren-  
zen, die uns daran hinderten, zu reisen, miteinander  
zu kommunizieren und Ideen, Werte und Inspiratio-  
nen auszutauschen.

Jemand äußerte kürzlich folgenden Gedanken:  
„Wie wäre es, wenn die Grenzen zwischen den euro-

päischen Ländern nur für einen Monat geschlossen werden? Dann würden sich viele Menschen erinnern, was Europa eigentlich bedeutet.“

Aber das reicht natürlich nicht. Die europäischen Bürgerinnen und Bürger – und vor allem die jungen Europäerinnen und Europäer – wollen mehr als sich nur die Geschichten über die vergangenen Erfolge der EU anzuhören. Sie wollen Arbeit und Wirtschaftswachstum, soziale Sicherheit und Entwicklungschancen.

Doch in erster Linie wollen die europäischen Bürgerinnen und Bürger gehört werden. Sie möchten ihre Ideen und Vorschläge, ihre Ängste und Hoffnungen mitteilen. Sie möchten mit den Regierungen und EU-Institutionen sprechen. Sie wollen bei der Neugestaltung Europas mitmachen.

Oder nicht? Bin ich zu naiv? Womöglich kümmert Europa die europäischen Bürgerinnen und Bürger gar nicht. Vielleicht sind sie zu müde und haben Angst vor den fortwährenden Krisen und den ständigen Veränderungen in der heutigen Welt.

Wie können wir das wissen, ohne eine neue Möglichkeit für einen offenen und ehrlichen Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern Europas zu schaffen? Es liegt in der Verantwortung der EU, diesen Dialog zu fördern und nicht zu beschränken.

Es ist an der Zeit, neue Mechanismen und Instrumente zu finden, um MIT den Bürgerinnen und Bürgern und nicht ZU ihnen zu sprechen. Wir müssen flexibel und offen, kreativ und innovativ sein, wir sollten jede Gelegenheit nutzen und keine Chance verpassen, ihnen zuzuhören und mit ihnen zu diskutieren.

2013 ist das Europäische Jahr der Bürgerinnen und Bürger. Es sollte sich nicht auf enge administrative Themen beschränken, auch nicht nur auf Themen wie das Recht der Bürgerinnen und Bürger, überall in Europa leben und arbeiten zu können. Das Europäi-



sche Jahr der Bürgerinnen und Bürger sollte einer neuen Plattform, die dem Austausch von Ideen und Zuständigkeiten für Europas Zukunft dient, gewidmet werden.

Mir ist bewusst, dass das eine große Aufgabe ist – eben weil die Zukunft Europas so kompliziert erscheint und viele Bürgerinnen und Bürger sich nicht wohl dabei fühlen, an dieser Diskussion teilzunehmen. Aber wir müssen begreifen, dass das Fehlen dieser Diskussion gefährlicher ist als alles andere. Denn – wie der beste zeitgenössische Romanautor Bulgariens, Georgi Gospodinov, sagte – „Das Defizit an Zukunft wiegt schwerer als das Defizit an finanziellen Mitteln. Das Zur-Neige-Gehen der Sinnvorkommen ist schlimmer als das Zur-Neige-Gehen der Ölvorkommen. Der Verlust des Traums von Europa ist irreparabler als der Verfall des Eurokurses. Oder zumindest hängt all das zusammen.“

Wie können wir unsere „Sinnvorkommen“, wie Gospodinov dies nennt, erhalten und weiterentwickeln?

Als Mitglied der Initiative „A Soul for Europe“ bin ich fest davon überzeugt, dass unsere „Sinnvorkommen“ nur durch die europäischen Künste und die europäische Kultur gefüllt werden können.

Morgen eröffnet die Initiative „A Soul for Europe“ die 5. Berliner Konferenz, und unser Thema ist eine



„Cultural Coalition for a Citizens’ Europe“. Sie geht von der Annahme aus, dass eine europäische Bürgerschaft ohne ihre kulturelle Dimension unmöglich ist. Die Künste und das kulturelle Erbe sind nicht nur schmückendes Beiwerk. Sie sind Katalysatoren für Veränderung, vitale Elemente des gesellschaftlichen und demokratischen Gefüges von Europa. Sie bestimmen unser gemeinsames Wertesystem, stärken soziale Bindungen und ermöglichen Kommunikation. Sie verleihen den Bürgerinnen und Bürgern eine Stimme und ermächtigen sie auf diese Weise!

So schließe ich den Kreis und kehre zurück zu der Musik von Pancho Vladigerov, zu den Büchern in der Bibliothek meines Großvaters und zu den Romanen von Georgi Gospodinov. Ich glaube fest daran, dass sie mich zu einem europäischen Bürger machen. Ich komme nun zum Schluss und übergebe an die Musiker Prof. Peter Weniger (vom Jazz-Institut-Berlin), Saxofon, und David Friedman, Vibrafon. Doch zu guter Letzt möchte ich unserem Gastgeber Herrn Lammert danken! Die nationalen Parlamente in Europa sind nicht nur von nationaler Bedeutung, sie spielen eine wichtige Rolle beim Aufbau Europas, und das müssen wir anerkennen. Europa fühlt sich hier in diesem Parlament zuhause, Herr Bundestagspräsident! Vielen Dank!



## Impressum

### Herausgeber

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.  
Tiergartenstraße 35  
10785 Berlin  
Telefon: +49 (0)30 26996-0  
Telefax: +49 (0)30 26996-3261  
redaktion@kas.de  
www.kas.de

Stiftung Zukunft Berlin  
Klingelhöferstraße 7  
10785 Berlin  
Telefon: +49 (0)30 2639229-0  
Telefax: +49 (0)30 2639229-22  
mail@stiftungzukunftberlin.eu  
www.stiftungzukunftberlin.eu

Robert Bosch Stiftung  
Heidehofstraße 31  
70184 Stuttgart  
Telefon: +49 (0)711 46084-0  
Telefax: +49 (0)711 46084-94  
info@bosch-stiftung.de  
www.bosch-stiftung.de

### Verantwortlich

Andreas Kleine-Kraneburg  
Leiter der Akademie der  
Konrad-Adenauer-Stiftung

### Gestaltung

SWITSCH KommunikationsDesign, Köln

### Fotos

Konrad-Adenauer-Stiftung, Marco Urban

Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch elektronische Systeme.

© 2013, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.,  
Sankt Augustin/Berlin

ISBN 978-3-944015-70-5



